

## ■ Aktivierende Innovationsagentur

### Zehn Jahre Kulturstiftung des Bundes

Am 22. Juni hat die Kulturstiftung des Bundes ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert – mit allen, die im Kulturbereich und darüber hinaus Rang und Namen haben: Die Bundeskanzlerin höchst selbst gab sich die Ehre und hielt die Festrede auf dieses »sozialdemokratische Projekt«, das bereits auf die Idee von Günter Grass und Willy Brandt in den 1970er Jahren zurückgeht, sie seinerzeit eine Nationalstiftung für Kunst und Kultur gründen wollten. Diese war damals noch am Widerstand der Länder gescheitert, hatte aber immerhin die Einrichtung der selbstverwalteten Bundeskulturfonds (zunächst den Kunstfonds und den Deutschen Literaturfonds sowie das Musikprogramm des Deutschen Musikrates) zur Folge. 25 Jahre später war die Zeit dann offenbar reif für die Bundeskulturstiftung. Es gab zwar immer noch erhebliche Bedenken der Länder, aber am 21. Januar 2002 konnte der damalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin die Gründungsurkunde entgegennehmen, und am 21. März fand die konstituierende Sitzung des Stiftungsrates statt.

Viele Akteure aus dem Kunst- und Kulturbereich hatten sich für die Gründung der Stiftung eingesetzt. Die Kulturpolitische Gesellschaft hatte eigens einen Aufruf zur Unterstützung der Idee gestartet und darin erklärt: »Es ist Zeit, dass der Plan, eine Bundeskulturstiftung zu errichten, endlich Wirklichkeit wird. Bund und Länder brauchen ein neues Instrument aktiver Kulturförderung, um den Kulturstandort Deutschland im euro-

päischen und internationalen Kontext angemessen zur Geltung bringen zu können. Wir begrüßen die Absicht, die zeitgenössischen Künste und den internationalen Kulturaustausch als Schwerpunkte des Stiftungszweckes neben dem Schutz, der Erhaltung und der Rückführung von Kulturgütern auszuweisen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Idee, die Mittel (...) auch für die Überbrückung kultureller Grenzen und der kulturellen Integration von zugewanderten Minderheiten einzusetzen. Wir sehen darin ein wichtiges Signal an alle kulturpolitisch verantwortlichen Stellen in Deutschland, dem interkulturellen Dialog mehr Aufmerksamkeit zu schenken.«

Inzwischen sind zehn Jahre vergangen, in denen über 2000 Projekte der Gegenwarts-kultur mit ca. 260 Millionen Euro gefördert worden sind. Was haben sie bewirkt? Welche Impulse sind davon ausgegangen? Haben wir jetzt ein Instrument aktiver Kulturförderung? Es gibt noch keine Evaluation der Förderpolitik der KSB, und den Verfassern steht es nicht zu, Aussagen zu Qualität und Wirkung einzelner Projekte und Programme zu machen. Aber so viel kann gesagt werden: JA, wir haben ein Instrument aktiver Kulturförderung und JA, es gehen wichtige Impulse für Kunst und Kultur sowie für die Kulturpolitik in Deutschland davon aus. Dabei geht es nicht so sehr um die Qualität der geförderten Kunst, obwohl selbstverständlich auch diese wichtig ist. Es geht um den Modus, also die Art und Weise der Förderung – die Förder-

philosophie. Die Kulturstiftung des Bundes steht wie keine andere Einrichtung in Deutschland für einen Moduswechsel in der Kulturförderung: von der mäzenatischen Förderung klassischer Prägung hin zur aktivierenden Förderpolitik. Worin besteht der Unterschied?

Die Kulturförderung öffentlicher und auch zivilgesellschaftlicher Akteure besteht in der Regel darin, Kultureinrichtungen und -programme zu finanzieren, KünstlerInnen zu fördern, Kunstwerke anzukaufen, das kulturelle Erbe aufzuarbeiten, zu bewahren und zu vermitteln etc. Vor allem Staat und Kommunen sehen darin ihren Kulturauftrag und eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft, welche diese – vor allem durch die einschlägigen Interessenverbände, aber auch durch die interessierte Öffentlichkeit und die lokale Bürgerschaft – reklamiert. Dies ist der Modus der angebotsorientierten Kulturpolitik, die uns den Reichtum der deutschen Kulturlandschaft beschert hat, aber auch einige Probleme mit sich bringt, die nicht zuletzt durch die Publikation »Der Kulturinfarkt« in den Fokus der kulturpolitischen Debatte rücken. Die Kulturstiftung des Bundes, die nicht institutionell fördert, sondern projekt- und programmbezogen, verfolgt eine andere Logik. Ihr geht es – neben der herkömmlichen Kulturförderung – eher darum, gesellschaftliche Transformationsprozesse zu thematisieren (»Shrinking Cities«), Anstöße für Strukturveränderungen in der Kulturlandschaft (»Tanzplan«, »Netzwerk Neue Musik«) zu geben, zu Kooperationen aufzufordern (»Doppelpass«, »Tanzfonds Partner«), die kulturelle Bildung als Voraussetzung für kulturelle Teilhabe zu fördern (»Jedem Kind ein Instrument«, »Kulturagenten für kreative Schulen«), bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen (»Fonds Neue Länder«, »Call for Members. Wettbewerb der Vereine«) oder Theater anzuregen, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen (»Heimspiel«).

Das Neue an dieser Art, Kultur zu fördern, die mittlerweile auch in vielen Ländern und auf Bundesebene praktiziert wird, besteht darin, dass sie sich nicht in einer Bringschuld gegenüber der Gesellschaft und den kulturinteressierten Bürgern sieht, noch mehr Kulturangebote zu offerieren, sondern die kulturellen Akteure durch eine Politik der Anreize, der Ermutigung und Befähigung anregen will, selbst dafür zu sorgen, dass neue kulturelle Entwicklungen eine Chance bekom-



Ulrike Blumenreich (Hrsg.)

#### Studium – Arbeitsmarkt – Kultur

Ergebnisse des Forschungsprojektes

Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Bonn / Klartext Verlag

Essen 2012 (Dokumentation 70)

399 Seiten • 17,00 Euro • ISBN 978-3-8375-0731-7

»Kultur- und Bildungsmanagement«, »Kultur- und Medienpädagogik« und »Angewandte Kulturwissenschaften« – das Angebot an Studienmöglichkeiten der Kulturvermittlung in Deutschland ist immens und in den letzten 35 Jahren stark gestiegen. Nicht weniger als 364 solcher Studienangebote existieren derzeit. Aber welche Studienangebote mit welchen Profilen werden an den Hochschulen offeriert?

Auch der Arbeitsmarkt Kulturvermittlung ist durch vielfältige Veränderungen und Entwicklungen gekennzeichnet. Seine Themenschwerpunkte und Kompetenzanforderungen stehen in Bezug zu den jeweils aktuellen gesellschaftlichen und kulturpolitischen Herausforderungen.

Mit dieser Dokumentation gibt die *Kulturpolitische Gesellschaft e.V.* vielfältige Anregungen, den notwendigen Dialog zwischen den Akteuren des Feldes »Studium – Arbeitsmarkt – Kultur« fortzusetzen.

men, die Kultureinrichtungen besser kooperieren etc. So verstandene Kulturförderung sieht sich also nicht nur in der Rolle eines Kulturanbieters, sondern eher in der einer aktivierenden Innovationsagentur, die auf die Potenziale der Gesellschaft setzt, weil sie weiß, dass Kultur nur hier entsteht und sich vermittelt. Und ohne, dass sie explizit darauf Bezug nehmen würde, werden hier jene Kriterien ins Spiel gebracht, die im Kontext der Neuen Kulturpolitik eine so große Rolle spielen: Kooperation, Kommunikation und Ko-Produktion.

Diese Förderpolitik interpretiert die alte Formel »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« in einem neuen Sinn, weil sie Strukturen, Kontexte und Prozesse durch mehrjährige Programme beeinflussen will und sich auf Produktions- und Wirkungszusammenhänge einlässt, die in der Gesellschaft ihren Ort haben. Wer darauf einwirken will, muss allerdings die Funktionszusammenhänge kennen und auf die oben genannten Ks setzen, denn diese »Intervention« setzt das Einverständnis und die Mitwirkung der Kulturakteure voraus. Insofern ist so verstandene Förderpolitik auch immer Kommunikation mit der Gesellschaft respektive den Kulturakteuren, die sich jeden hoheitlichen Gestus versagt. Sie muss reflexiv angelegt sein, indem sie ihre Wirkungen überprüft, die sich an Besucherströmen und Nutzerzahlen allein nicht messen lassen. Es bedarf also anderer Formen der Begleitung und Evaluation und es bedarf der öffentlichen Diskussion über die Förderpolitik der KSB, damit die Kulturpolitik insgesamt davon profitieren kann. Dadurch würde sie ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung auf ebenso neue Weise gerecht.

Öffentliche Kulturförderung wird in Zukunft sicherlich nicht mehr nur darin bestehen können, noch mehr Einrichtungen und Angebote in die Welt zu setzen. Die additive und angebotsorientierte Kulturpolitik stößt an ihre Finanzierungsgrenze. Umso wichtiger sind neue Konzepte und ergänzende Strategien. Die Kulturstiftung des Bundes hat sich darum verdient gemacht, auch wenn nicht alles gelungen sein mag. Sie hat darüber hinaus wichtige gesellschaftspolitische Fragen (demografischer Wandel, Nachhaltigkeit, Migration, Zukunft der Arbeit, Bioethik) zum Thema gemacht, die auch einen kulturellen Wandel begründen und kulturpolitisch relevant sind. Nur zu dem von der Kulturpolitischen Gesellschaft in ihrem Aufruf angesprochenen Desiderat, der kulturellen Integration von zugewanderten Minderheiten, mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ist bisher wenig geschehen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

*Oliver Scheytt/Norbert Sievers*